Protest und Autoblockade

Gestern nachmittag Demonstration wegen Verfüllung im Rübental Nackenheim

rö./m. NACKENHEIM — Einen Sturm der Entrüstung haben die Erdauffüllungen im Nackenheimer Rübental ausgelöst (die AZ berichtete mehrmals). Das Verwaltungsgericht in Mainz hat jedoch den Antrag der Gemeinde auf vorläufige Einstellung der Arbeiten abgewiesen, wie gestern Bürgermeister Ollig der AZ mitteilte. Die Nackenheimer SPD reagierte spontan, gab mit einer kurzfristigen Autoblockade auf der Straße nach Lörzweiler ihrem Protest sichtlichen Ausdruck. Ein parlamentarisches Nachspiel folgt, denn Ollig wird den Ortsgemeinderat am Mittwoch, 19. April, 19.15 Uhr, zu einer Sitzung einberufen.

Der Bürgermeister überlegt sich sogar, ob er eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Landrat Herzog und Rolf Raible von der Unteren Landespflegebehörde bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen veranlassen will. Denn eine Verfügung der Mainzer Behörde wegen der Auffüllungen sei ihm als Ortsbürgermeister nicht vorgelegt worden. Das Verwaltungsgericht jedenfalls ist dem einhelligen Wunsch des Nackenheimer Gemeinderates nicht gefolgt. Argumente für die Entscheidung seien, so erklärte Ollig, unter anderen gewesen: Das Gelände im „Rübental" sei eine künstliche und keine natürlich entstandene Abtragung. Würde die Genehmigung zur Auffüllung rückgängig gemacht, so würde der betreffenden Firma ein hoher Vermögensschaden entstehen. Außerdem seien die Rechte der Gemeinde nicht tangiert, da sie in diesem Gebiet auch keinerlei Planungen vorsehe.



Spontane Reaktion gestern nachmittag: Die SPD versperrte mit Privatwagen den Lkw die Anfahrt zum „Rübental".



An Ort und Stelle informierte sich am Donnerstag auch die CDU-Fraktion und kritisierte, daß die Auffüllarbeiten immer noch nicht eingestellt waren.

Die CDU-Fraktion besichtigte am Donnerstag das Gelände. Ihr Sprecher Alfred Hoffmann forderte, daß künftig derartige Eingriffe in die Natur zuvor dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden müßten. Die Genehmigungsbehörde müsse einwandfrei nachweisen, daß in die Auffüllungen kein Problemmüll eingearbeitet werde. Klärung verlangt er außerdem über die widersprüchlichen Aussagen von Ortsbürgermeister und Kreisverwal-